

Dieser Tage wurde die Unterschriftensammlung für die Initiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ gestartet. Wie grundsätzlich beim Sozialismus, wurde auch hier wieder ein ganz wichtiger Faktor vergessen: der Faktor Mensch. Die Initianten behaupten und gehen davon aus, dass der Mensch gerne und freiwillig arbeitet und es auch ohne zwingende Gründe freudig tun würde. Meiner Meinung nach ist dem nur teilweise so. Nebst der Freude an der Arbeit ist der finanzielle Anreiz sicher mit ein wichtiger Grund. Der würde mit einem bedingungslosen Grundlohn wegfallen. Manch einer mag denken: „Warum soll ich arbeiten gehen, wenn ich keine Lust habe? Könnte ich meine Stelle verlieren, wenn ich nicht zur Arbeit erscheine? Das ist doch egal, ich habe ja mein Grundeinkommen“. Für Arbeitgeber ist ein bedingungsloses Grundeinkommen fatal. Sie könnten nicht mehr damit rechnen, dass ihre Mitarbeiter jeden Morgen zur Arbeit kommen. Der Unternehmer hat keine Sicherheit, kann nicht planen und auch nicht verkaufen.

Der Grund für diese Initiative ist wahrscheinlich, dass die Initianten denken, die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Doch ist dem wirklich so? Mitnichten. Wenn man die Einkommensentwicklung anschaut, erkennt man, dass die tiefsten Einkommen in den letzten Jahren die höchsten Lohnzuwächse hatten. Gemäss Bundesamt für Statistik gibt es immer weniger Personen, die armutsgefährdet sind. Dies trotz Finanzkrise und obwohl es im Ausland anders aussieht. Schuld daran, dass das verfügbare Einkommen bei allen abgenommen hat, sind die höheren Sozialversicherungsbeiträge und die steigenden Krankenkassenprämien. Weil wir dort keine Reformen angehen, steigen diese Kosten immer weiter. Steigende Einkommensunterschiede sind auch nicht nur auf ungerechte Lohnsysteme zurückzuführen, sondern gemäss OECD auf die Bildungsunterschiede in den einzelnen Ländern. Es ist daher sehr wichtig, dass die Schweiz weiterhin in ihr gutes Bildungssystem investiert. Insbesondere in die duale Berufsbildung, unsere Hochschulen, Spitzenuniversitäten und die laufende Weiterbildung.

Am 17. Juni kommt eine Initiative der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) zur Abstimmung, die mehr Volksabstimmungen über Staatsverträge verlangt. Die Initiative wird von Bundesrat und Parlament, von fast allen Parteien, von allen Wirtschaftsverbänden und von den Kantonen abgelehnt. Die Einzigen, die dafür sind, ist die SVP. Was fordert die Initiative? Es soll zwingende Volksabstimmungen zu allen Staatsverträgen aus sogenannten «wichtigen Bereichen» geben, auch wenn sie unbestritten sind. Da fängt es doch schon bei der Definition „wichtige Bereiche“ an. Bis wir Parlamentarier uns darauf geeinigt haben, was wichtig ist, dauert es Jahre.

Die Initianten sagen, dass sie mit der Initiative einen schleichenden EU-Beitritt verhindern wollen. Fakt ist, dass wenn die Schweiz der EU oder der NATO beitreten möchte, darüber zwingend abgestimmt werden muss. Zudem wollen sie damit den Kredit für den Internationalen Währungsfond verhindern, welcher gerade jetzt aktuell diskutiert wird. Das ist aber gar kein Staatsvertrag und kommt sowieso nicht vors Volk. Sie wollen die direkte Demokratie stärken. Unsere direkte Demokratie ist darauf aufgebaut, dass das Volk letztendlich bestimmt. Damit das Volk aber nicht immer ständig abstimmen muss, hat es sich Parlamente und Regierungen gegeben. Diese haben den Auftrag, die Interessen des Volkes wahrzunehmen. So funktioniert unsere Demokratie. Sie ist bereits stark und muss nicht noch mehr gestärkt werden.

Die Schweiz handelt jährlich rund 500 Verträge mit anderen Staaten aus. Wenn man die „wichtigen Bereiche“ eng fasst, müssten wir über 3-8 Vorlagen mehr pro Jahr abstimmen. Das verursacht natürlich mehr administrativen Aufwand. Und gerade wir Liberalen, die weniger Bürokratie wollen, wollen das nicht. Das Einzige, das wir mit mehr Abstimmungen fördern, sind Desinteresse und schlussendlich Stimmmabstimmungen.

Stellen Sie sich einmal vor, unsere Leute würden mit dem Ausland verhandeln und sagen dann: „Vielen Dank. Nun gehen wir nach Hause, fragen das Volk und melden uns in einem Jahr wieder, ob der Vertrag nun gilt oder nicht.“ So kann man nicht geschäften. Schlussendlich wollen wir etwas vom Ausland. Wir wollen dort verkaufen. Jeden 2. Franken verdienen wir im Ausland. Ein Netz von Freihandelsabkommen, Investitionsschutzabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen bildet die Basis für erfolgreiches Geschäften über Grenzen hinweg und trägt somit entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes bei. Die internationale Konkurrenz wird von Jahr zu Jahr härter und mit dem starken Franken hat unsere Wirtschaft bereits ein spürbares Handicap. Wer in einer solchen Situation die aussenpolitische Handlungsfähigkeit unserer Regierung ohne Not einschränkt, wer in Kauf nimmt, dass Verträge verzögert und blockiert werden, der handelt verantwortungslos. Die Initiative gefährdet unseren Wohlstand und Schweizer Arbeitsplätze.

In der Frühlings-Session habe ich im Nationalrat eine Interpellation eingereicht. Ich will vom Bundesrat wissen, ob die Reorganisation des Bundesamtes für Migration ein Flopp ist, denn die Reorganisation des Bundesamtes für Migration ist gemäss externem Gutachten teilweise gescheitert. Ein gut funktionierendes Amt wurde umfunktioniert. Die Realität gibt dem Gutachten recht: Die Ausschaffungen klappen nicht mehr, die Kantone haben keine klaren Ansprechpartner. Asylgesuche können wegen mangelnder Personalressourcen nicht behandelt werden. Gerade aufgrund der angespannten Lage auch im Kanton Luzern wegen der fehlenden Unterkünfte für Asylsuchende warte ich ungeduldig auf die Antwort des Bundesrates.

3. Mai 2012
Albert Vitali, Oberkirch
Nationalrat